

Agrarbündnis Bayern



Pressemitteilung

Nürnberg/München, 15.10.2012
PM-091-12/LFGS
Landwirtschaft

Faire Preise für Bauern: hier und weltweit

Anlässlich des Welternährungstags 2012 fordert das Agrarbündnis Bayern Nachbesserungen bei der EU-Agrarreform

Im Agrarbündnis Bayern haben sich 16 Verbände aus Landwirtschaft, Umwelt und Entwicklungspolitik zusammengeschlossen. Sie fordern anlässlich des Welternährungstags die bayerischen Abgeordneten im EU Parlament auf, bei der anstehenden EU Agrarreform die Auswirkung der Exportorientierung ernst zu nehmen.

Die Verbände kritisieren, dass Europas Agrarpolitik derzeit zur weiteren Konzentrierung im Molkerei- und Fleischsektor führt und der Preiskampf bäuerliche Betriebe ruiniert. „Wir müssen weg von der Weltmarktorientierung. Sie beschert uns schlechte Preise und macht uns abhängig von Futtermittelimporten. So beanspruchen wir Flächen in Südamerika und treiben dann mit unseren Überschüssen uns selbst und Bauern in Afrika in den Ruin. Das kann nicht unser Beitrag zur Welternährung sein! Wir sollten uns besser auf den Binnenmarkt konzentrieren!“ so Welternährungsexpertin Angela Müller von Mission EineWelt.

Weltweit wird genügend Nahrung erzeugt, auch um 9 Milliarden Menschen zu ernähren. Wer Mehrproduktion fordert, gegen Öko-Vorrangflächen Stimmung macht und diese fälschlich als „Stilllegung“ bezeichnet, vertritt nicht die Interessen der Hungernden und der Kleinbauern auf der Welt, sind die Verbände des Agrarbündnis Bayern überzeugt.

Marlies Oiberz von der Internationalen Menschenrechtsorganisation FIAN aus München, kritisiert, dass „der Anspruch der EU, sich einen angemessenen Anteil am Weltagrarmarkt zu sichern, zu einer weiteren

Landesfach-
geschäftsstelle
Bauernfeindstr. 23
90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0
Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de
www.bund-naturschutz.de

Verdrängung von Kleinbauern in Entwicklungs- und Schwellenländern führt. Diese sind teilweise dem Preisdumping ausgeliefert und können deshalb keine eigenständige Nahrungsversorgung erhalten und aufbauen.“

Die Verbände fordern, dass die bayerischen Abgeordneten sich für folgende Punkte einsetzen:

- Die internationale Verantwortung und das Menschenrecht auf Nahrung müssen als Grundprinzip in die Präambel der Gemeinsamen Agrarpolitik aufgenommen werden.
- Die EU-Kommission muss einen jährlichen Bericht über die Auswirkungen auf die weltweite Ernährungssicherheit vorlegen.
- Die Exportsubventionen müssen endgültig abgeschafft und dürfen nicht durch Marketingförderung ersetzt werden.
- Die Abhängigkeit Europas von Futtermittelimporten aus Entwicklungsländern muss reduziert werden. Deshalb muss der Anbau von Leguminosen viel stärker vorangebracht bzw. verpflichtend werden.

Alle Länder der EU haben den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnet und sind damit verpflichtet, das Menschenrecht auf Nahrung in den Entwicklungs- und Schwellenländern zu respektieren. Diese Staatenpflicht müssen die Beschlüsse der Gemeinsamen Agrarpolitik berücksichtigen.

Für Rückfragen:

Angela Müller, Mission EineWelt
Tel. 07932 - 605990

Marlies Olberz, FIAN,(Food First Informations-und Aktions-Netzwerk)
Tel. 089- 82 07 1284

Josef Schmid, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Bayern,
Tel.08742-8039

Marion Ruppenner, Bund Naturschutz in Bayern, Agrarreferentin
Tel. 0911 - 818782